

KANTON BERN

MITGLIEDERSCHWUND

Den Regierungsparteien im Kanton Bern laufen die Mitglieder davon

Die Berner Parteien verlieren kontinuierlich Mitglieder. Grund dafür ist der Wandel des politischen Interesses. Die Parteien bemühen sich um eine Trendwende, sind aber nur bedingt erfolgreich.

Joël Widmer

Um dem kontinuierlichen Mitgliederschwund entgegenzuwirken, zeichnete die SVP-Kantonalpartei ihre Sektionen mit der erfolgreichsten Mitgliederwerbung aus. Und liess sie auch gleich ihre Erfolgsrezepte den restlichen Sektionen vortragen. Das Rezept, so SVP-Präsident Hermann Weyeneth, sei Knochenarbeit an der Basis: «Man muss auf die Leute zugehen, sie zu Hause direkt ansprechen.»

Alle drei grossen Berner Kantonalparteien beklagen seit Jahren einen Mitgliederschwund. In den letzten 10 Jahren verlor die FDP 24, die SVP 23, und die SP 21 Prozent an Mitgliedern, wobei die SP Mitte der 90er-Jahre den Schwund dank des so genannten Brunnerereffektes (die nachmalige SP-Präsidentin schaffte die Wahl in den Bundesrat nicht) für kurze Zeit stoppen konnte, wie die nebenstehende Grafik zeigt.

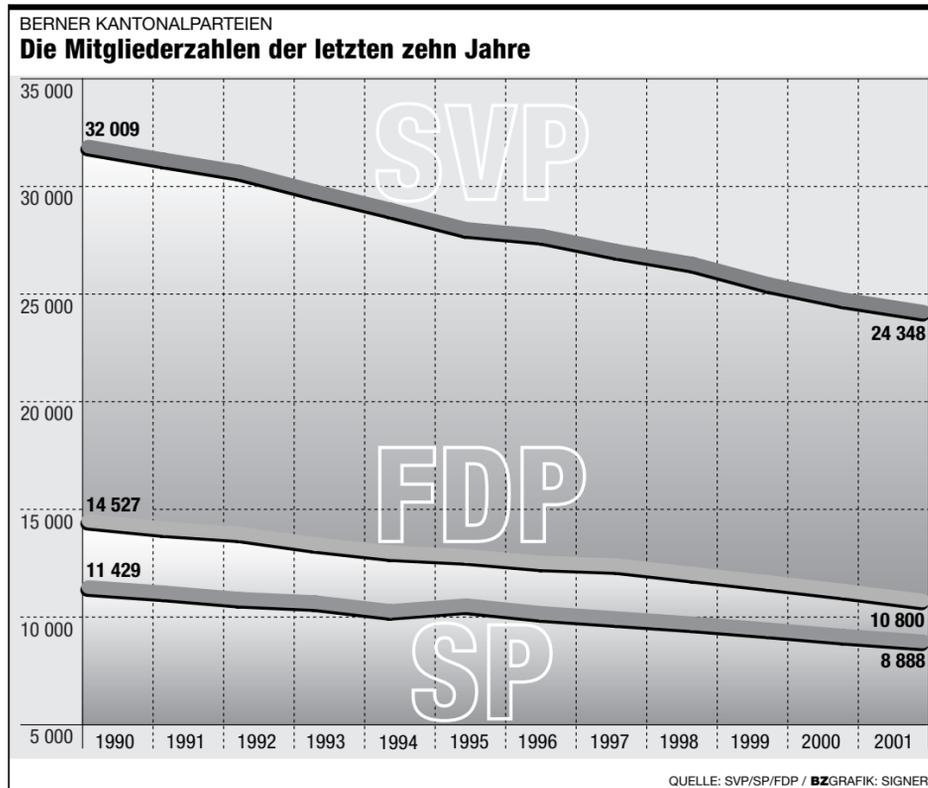
Allgemeiner Trend

Der Mitgliederschwund sei allerdings ein allgemeiner, sogar internationaler Trend, erklärt der Politologe Andreas Ladner

(siehe Interview). Vor allem für die SP ist dieser Mitgliederschwund problematisch. Die SP, eine klassische Mitgliederpartei, ist bei der Finanzierung zu 80 Prozent von den Mitgliederbeiträgen abhängig. Doch auch SVP und FDP betonen die Bedeutung ihrer Mitglieder. «Als treue Wähler, Dialogpartner an der Basis und Geldgeber sind die Mitglieder für die FDP unerlässlich», erklärt etwa FDP-Präsident Rolf Portmann. Auch für Weyeneth sind die Mitglieder wichtig, denn die SVP führe ja das Volk im Namen, also solle das Volk auch vertreten sein: «Wir wollen keine Führungspartei sein.»

Linke Vorbilder

Dies war nicht immer so. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts waren die bürgerlichen Parteien reine Eliteparteien. Bei der Entwicklung dieser Eliteparteien zu Mitgliederparteien spielten dann die sozialistischen und sozialdemokratischen Massenparteien, welche in den 20er-Jahren entstanden sind, eine wichtige Rolle. Aber erst mit dem Niedergang der dominierenden Parteipresse in der schweizerischen Medienlandschaft wurden die bürgerlichen Parteien gezwungen sich endgültig zu Mitgliederparteien zu wandeln. Die Leser der Parteipresse, welche bis dahin die Mitglieder und Sympathisanten einer Partei verkörperten, fielen weg. Den Hauptgrund für den heutigen Mitgliederschwund sehen die Präsidenten der drei grossen Parteien in der gesellschaftlichen Entwicklung hin zu freieren Lebensformen, unter der auch viele Vereine zu leiden hätten. SP-Präsident Rudolf Käser stellt zudem bei der SP eine schwächere Bindung an die Gewerkschaften fest: «Früher trat man neben der Gewerkschaft auch gleich der SP bei. Das ist heute nicht mehr so.» Mit verschiedenen Mitteln versuchen



schaftlichen Entwicklung hin zu freieren Lebensformen, unter der auch viele Vereine zu leiden hätten. SP-Präsident Rudolf Käser stellt zudem bei der SP eine schwächere Bindung an die Gewerkschaften fest: «Früher trat man neben der Gewerkschaft auch gleich der SP bei. Das ist heute nicht mehr so.» Mit verschiedenen Mitteln versuchen

alle Parteien den Mitgliederschwund zu stoppen. Die SP bietet ihren Sektionen Weiterbildungsseminare zum Thema an und hält sie dazu an, umgezogene Mitglieder der neuen Sektion zu melden. Auch die SVP versucht, wie eingangs erwähnt, ihre Sektionen weiterzubilden. Rolf Portmann erklärt, dass es grundsätzlich kein Re-

zept gegen den Mitgliederschwund gebe. Die FDP versuche aber mit einem profilierten Programm und Sektionsgründungen in den Gemeinden mit einem guten FDP-Wähleranteil den Trend zu wenden. Für die Sektionsgründungen hat Portmann in der Kantonalpartei sogar ein eigenes Ressort geschaffen. ♦

SVP schrumpft nur im Kanton Bern

Der Politologe und Parteienforscher Andreas Ladner erklärt, warum die Parteien vielleicht zu ihrer früheren Organisationsform zurückkehren müssen. Parteiaustritte seien ein allgemeiner Trend.

Interview: Joël Widmer

Die Berner Parteien verlieren seit Jahrzehnten Mitglieder. Was ist los?

Andreas Ladner: Es ist ein allgemeiner Trend, und dies nicht nur in der Schweiz, dass Parteien Mitglieder verlieren. Es ist ein Ausdruck dafür, dass sich immer weniger Leute für diese Form der kontinuierlichen politischen Beteiligung interessieren.

Gibt es Unterschiede zu anderen Kantonen?

Ein Unterschied zu anderen Kantonen gibt es einzig bei der SVP. In Bern verliert diese Mitglieder und in anderen Kantonen gewinnt sie.

Was sind die Gründe für den Mitgliederschwund?

Es sind dieselben Gründe, die man findet, wenn man allgemein den Wandel des politischen Interesses zu erklären versucht. Es ist so, dass man sich nicht mehr aus Tradition an der Politik beteiligt. Man entscheidet sich heute von Fall zu Fall, ob man politisch aktiv werden und auf welche Art und Weise man sich beteiligt. Grundsätzlich ist ein punktuelles Engagement in ein-

zelnen Fragen für die Leute attraktiver als ein kontinuierliches Engagement im Rahmen einer Partei.

Was bringt die Mitgliedschaft in einer Partei den Leuten noch?

Parteien haben die Funktionen, die sie früher exklusiv erbracht haben, verloren. Durch die Mitgliedschaft in einer Partei hatte man früher einen Informationsvorsprung. Man war auf dem Laufenden. Heute ist es meistens so, dass die Medien mehr berichten, als man auf einer Parteiveranstaltung erfährt. Die Exklusivinformation ist verloren gegangen.

Welche Bedeutung haben für eine Partei die Mitglieder?

In erster Linie sind die Mitglieder die treuesten Wähler einer Partei. Zudem sind die Mitglieder ein Reservoir, wenn man Leute für die verschiedenen politischen Ämter sucht. Dies ist vor allem auf lokaler Ebene wichtig. Ein dritter Punkt sind die Ressourcen für die Partei in Form von Geld, von Mitgliederbeiträgen. In der Parteienforschung streitet man sich aber darüber, ob Parteien überhaupt Mitglieder brauchen.

Schwächt der Mitgliederschwund die Parteien?

Mitgliederschwund ist für Parteien dann problematisch, wenn sie keine andere Finanzierungsmöglichkeit mehr haben. Für eine Partei, die nicht auf die Mitgliederbeiträge angewiesen ist, ist der Schwund nicht so drama-



Der Politologe Andreas Ladner glaubt, dass man heute mehr «von Fall zu Fall» politisiert als früher. BILD URS BAUMANN

GELESEN

Gesundheit und Politik

Das Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren in den Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Debatten gerückt. Damit verbunden ist die Entstehung eines dichter werdenden, komplexen gesetzlichen Normenwerks, das unter den Begriff des öffentlichen Gesundheitsrechts fällt. Dieses erfasst verschiedenste Bereiche der Gesetzgebung – so etwa das kantonale Gesundheitsrecht, das Krankenversicherungsgesetz (KVG), das Heilmittelgesetz, die Datenschutzgesetzgebung, Rechte der Patienten sowie straf- und zivilrechtliche Normen. Bislang hat ein Grundlagenwerk und Lehrbuch zum öffentlichen Gesundheitsrecht gefehlt. Diese Lücke schliessen nun **Tomas Poledna** (Rechtsprofessor an der Universität Zürich) und **Brigitte Berger** (lic. iur.) mit ihrem Werk zum öffentlichen Gesundheitsrecht. *sgf*

«Öffentliches Gesundheitsrecht» von Tomas Poledna und Brigitte Berger, Stämpfli Verlag AG Bern, Fr. 134.–

Sexuelle Belästigung

Die erste Studie über den Straftatbestand der sexuellen Belästigung, liegt vor. An Beispielen aus der juristischen Praxis bespricht die Berner Fürsprecherin **Kathrin Kummer** die verschiedenen Tatbestandsvarianten. Kummer stellt dabei verschiedene Definitionen von sexueller Belästigung zur Diskussion und prüft, inwieweit die Verhaltensweisen, die vom Gesetz erfasst werden, auch jenen entsprechen, die im Alltag vorkommen und in der öffentlichen Debatte als sexuelle Belästigungen gelten. Neben diesen praxisbezogenen Überlegungen, die das Buch zu einem wichtigen Hilfsmittel für Gerichte und Anwaltschaft machen, enthält Kummers Studie grundsätzliche Überlegungen, inwiefern Artikel 198 des Straftatbestandes überhaupt durchzusetzen ist. Und Kummer erhellt die hinter der Norm verborgenen Alltagstheorien über Sexualität und das Verhältnis von Männern und Frauen. *sgf*

«Sexuelle Belästigung aus strafrechtlicher Sicht» von Kathrin Kummer, Verlag Paul Haupt AG Bern, Fr. 42.–

KÜRZE

Keine Erhöhung der GVB-Prämien

Haus- und Wohnungseigentümer können für einmal aufatmen: Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB) verzichtet für das Jahr 2003 auf eine Prämienhöhung. Von den Feuerschäden abgesehen, so das Fazit, zeichne sich bezüglich Schadenszahlen ein eher unterdurchschnittliches Schadenjahr ab. Hingegen hätten sich die negativen Kapitalerträge als Folge des anhaltenden Börsentiefs ungünstig auf das Geschäftsergebnis 2002 ausgewirkt. *OZ*

Welche Rezepte wären nötig für eine Trendwende?

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder versucht die Partei den Mitgliedern in Form von selektiven Anreizen etwas anzubieten. Die Partei muss für ihre Mitglieder einen Mehrwert generieren, den andere nicht haben. Oder die Partei stellt auf eine Organisationsform um, die nicht mehr auf Mitgliedern basiert. Es gibt Kantone, wo Parteien gar nie Mitglieder hatten. In der Inner- oder in Solothurn waren einzelne Parteien gar nie Mitgliederparteien und haben die Politik trotzdem mitgestaltet. Es fragt sich, ob das alte auch das zukünftige Modell wird: eine Partei ohne Mitglieder. ♦